

29. Juni 2016: Aktuelle Debatte – Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind darüber verwundert, dass die AfD diese Aktuelle Debatte angeregt hat und dass ausgerechnet Sie von der AfD sich um Kriterien sorgen, nach denen die Landesregierung ihre Entscheidungen in Sachen „sichere Herkunftsländer“ trifft. Bisher sind Sie eher dadurch aufgefallen, dass Sie die Einwanderung mit allen Mitteln begrenzen wollen, unabhängig davon, ob die Menschen aus sicheren oder unsicheren Herkunftsländern kommen.

In Ihrem Wortbeitrag, Herr Abg. Meuthen, haben Sie noch einmal auf die Ereignisse in Köln hingewiesen. Unter den Tätern befanden sich sowohl Marokkaner als auch Syrer – diese Menschen kommen sicher nicht aus sicheren Herkunftsländern –, aber auch Deutsche. Sie, die AfD, haben in der Vergangenheit aus unserer Sicht noch keinen einzigen konstruktiven politischen Vorschlag zur Lösung der Flüchtlingsproblematik gemacht, im Gegenteil.

Sie polemisieren. Sie hetzen gegen Flüchtlinge. Gerade haben Sie auch wieder darauf hingewiesen: Es geht Ihnen letztendlich darum, dass wir unsere Grenzen wirksam schützen. Ihre Bundesvorsitzende hat gesagt, wie es ihrer Auffassung nach zu machen ist. Sie hat von einem Schießbefehl gesprochen. Sie haben auf Ihrem Parteitag davon gesprochen, dass Sie sich – Zitat – *gegen Massenzuwanderung, durch die wir das Land nicht mehr wiedererkennen können, wehren*.

In Ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl schreiben Sie von schrankenlosem Einwanderungswahn. Sie schreiben von einer Willkommensdiktatur der Altparteien. Sie schreiben, dass die AfD Klartext spricht: *Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“*.

Alle Ankommenden sind keine Flüchtlinge.

Sie widersprechen nicht. Insofern bestätigen Sie auch, dass Sie nicht für sichere Herkunftsländer plädieren, sondern gegen Einwanderung prinzipiell sind.

Oder sprechen wir einmal nicht von Köln, sondern sprechen wir von Heilbronn. Da hinten sitzt Herr Abg. Podeswa. Im Mai hetzt er gegen ein geplantes Flüchtlingsheim mit einem Flugblatt und einer Anzeige – die Überschrift „Profitabler als ein Bordell“ ist hier bekannt –, er verunglimpft einen Heilbronner Stadtrat. Eine einstweilige Verfügung bewirkt, dass er diesen Vorwurf zurücknehmen muss. Er hat sich auch entschuldigt. Aber hat er auch etwas gelernt? Keinesfalls. Ich verweise auf einen ganz aktuellen Eintrag in „Facebook“. Ich zitiere den Eintrag des Abg. Podeswa auf „Facebook“: Die Anzahl der sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen in der Heilbronner Innenstadt durch ... nordafrikanische Männer sind in den letzten Monaten dramatisch gestiegen. Diesen Eintrag hat er verfasst, ohne dass er Daten gehabt hätte. Die Polizei hat sofort dementiert. Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, dass die Zahl der Vergewaltigungen gestiegen wäre. Herr Podeswa hat das auch eingeräumt, aber er bleibt dabei, weil das halt so sein Gefühl ist.

So argumentieren Sie von der AfD, und wer so polemisiert und so hetzt, dem nehme ich nicht ab, das Thema „Sichere Herkunftsländer“ hier seriös behandeln zu wollen. Ihnen geht es um Stimmungsmache. Sie bedienen fremdenfeindliche Ressentiments.

Herr Abgeordneter, ich bin in meinem Beitrag mit der AfD jetzt fertig. – Auch die Landesregierung und die Koalition haben sich in der bisherigen Debatte zum Thema „Sichere Herkunftsstaaten“ nicht gerade mit

Ruhm bekleckert. Herr Ministerpräsident, wir erwarten jetzt in der Tat, dass Sie in der nächsten Woche im Bundesrat der Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung zustimmen und Ihrer Verantwortung gerecht werden.

Denn zwei Dinge tun not: erstens dass die Asylverfahren für die Menschen, die so gut wie keine Bleibeperspektive haben und nicht unter das Asylrecht fallen, deutlich beschleunigt werden und zweitens – das gehört schon auch dazu – dass die Ansage „sichere Herkunftsstaaten“ in Algerien, in Marokko und in Tunesien ankommt und dort auch Gehör findet und sich die Menschen deshalb schon gar nicht auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer machen.

Allerdings muss man auch sagen: Die geringe Zahl von Menschen aus den Maghreb-Staaten, die noch im ersten Halbjahr zu uns nach Baden-Württemberg gekommen sind, lässt schon hinterfragen, ob der Streit in der grün-schwarzen Landesregierung gerechtfertigt ist oder ob diese Energie, die für diesen Konflikt aufgewandt wird, nicht eher in andere Herausforderungen gesteckt werden sollte, z. B.: Wie kann Integration der anerkannten Flüchtlinge in unseren Kommunen noch besser gelingen? Ich denke, das sind die tatsächlichen Herausforderungen.

Herr Ministerpräsident, wir sind ganz bei Ihnen. Keine Frage: Das Asylrecht ist ein hohes Gut, und die Menschenrechte müssen gewahrt werden, ohne Wenn und Aber.

Trotzdem: Die Verhandlungstaktik, die dann auch zu der Verzögerung im Bundesrat geführt hat, ist schon erklärungsbedürftig. Denn wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sagen, dass sichergestellt sein muss, dass vulnerable Gruppen wie Homosexuelle, politische Akteure und Journalisten weiterhin Anspruch auf eine genaue Prüfung haben, dann sagen wir: Das ist doch bereits Gegenstand des Asylrechts – es wurde darauf hingewiesen: Artikel 16 a Absatz 3 des Grundgesetzes –, und das gilt auch für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern.

Selbstverständlich muss bei ihnen, wenn besondere Asylgründe vorgetragen werden, eine Einzelfallprüfung mit Anhörung erfolgen, und wenn jemand aus den Maghreb-Staaten kommt und aufgrund seiner sexuellen Orientierung, seiner politischen Aktivitäten oder auch deshalb, weil er dort z. B. als Christ einer religiösen Minderheit angehört, verfolgt wird und deshalb von Gewalt bedroht ist, dann muss selbstverständlich auch diesen Menschen Asyl gewährt werden, ohne Wenn und Aber.

Deshalb sind wir schon gespannt auf die Initiative der Landesregierung, die im Bundesrat ein Konzept vorlegen will, das die Einstufung als sicheres Herkunftsland transparenter machen soll.

Wir erwarten Antworten darauf, wie der genaue Schutz der genannten Personengruppen über die bereits gängige Praxis hinaus funktionieren soll. Wir sind auch gespannt, ob nach Abschluss der Verhandlungen mehr herauskommt als eine Protokollnotiz bei Kanzleramtsminister Altmaier oder ob es doch nur um ein Placebo für die grüne Basis geht, um den Widerstand im Zaum zu halten.

Zur CDU: Wir haben deutlich gesagt, dass wir uns nicht verschließen, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen. Dies ist für die SPD allerdings kein Herzensthema und vor allem auch kein Allheilmittel.

Man muss sich schon fragen, ob die Diskussion zur Einstufung der Maghreb-Staaten vielleicht auch von etwas anderem ablenken soll, nämlich von dem in der Flüchtlingsfrage derzeit offensichtlich ziemlich überforderten Innenminister de Maizière. Dass er nicht mehr ganz Herr der Lage ist, wird dadurch

deutlich, dass er in der Öffentlichkeit leider auch mit falschen Zahlen hantiert; ich verweise auf die Diskussion um die Atteste. Er spricht von Taxi fahrenden Flüchtlingen, von falschen Syrern und Integrationsverweigerern.

Solche Aussagen schüren auch fremdenfeindliche Ressentiments und vergiften das soziale Klima.

Herr Innenminister Strobl, Sie haben ja noch einen guten Kontakt zum Bundesinnenminister. Sprechen Sie einmal mit ihm. Statt sich sehr lange über sichere Herkunftsländer zu streiten, könnte er auch das BAMF anweisen, die Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern vorrangig zu bearbeiten, sodass die Asylbewerber schneller wissen, ob sie bleiben können oder gehen müssen. Er könnte auch dafür sorgen, dass die bestehenden Rückkehrabkommen mit Algerien und Marokko besser umgesetzt werden. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es 1 300 ausreisepflichtige Marokkaner, die nicht zurückgenommen werden, und da hilft dann auch das Konstrukt „sichere Herkunftsländer“ nicht weiter.

Nochmals: Die SPD steht für die Zustimmung im Bundesrat. Wunder erwarten wir von der Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ jedoch nicht. Die echten Herausforderungen liegen in der Flüchtlingsfrage auf einem anderen Gebiet – dort ist unser Sozial- und Integrationsminister zuständig –: Wir müssen uns vorrangig um eine gelingende Integration der Menschen, die aus nicht sicheren Herkunftsländern kommen – Wohnen, Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe –, kümmern.

Vielen Dank.

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Innenminister Strobl, was mir an Ihren Ausführungen gut gefallen hat, war, dass Sie am Schluss noch einmal deutlich gemacht haben, warum die Menschenrechte bei uns so einen hohen Stellenwert – noch vor dem Asylrecht, noch vor der Genfer Flüchtlingskonvention – haben.

Sie haben von unserer Kultur, von unseren christlichen Grundwerten gesprochen. Da bin ich auch ganz bei Ihnen; das wissen Sie.

Sie sollten aber bitte auch mit dem Bundesfinanzminister sprechen – ich habe vorhin schon gesagt, Sie sollten auch mit dem Bundesinnenminister sprechen –, der vorgestern, am Montagabend, in Künzelsau laut darüber nachgedacht hat, ein Abkommen mit nordafrikanischen Staaten, auch Libyen, zu schließen, um Bootsflüchtlinge ohne Prüfung sofort zurückzuführen.

Das passt für mich nicht ganz zusammen. Da besteht Gesprächsbedarf.

Nun zu Ihnen, Herr Meuthen: Sie fragen mich, ob ich die Vorwürfe an die AfD für angemessen halte. Ja, ich halte sie für angemessen. Sie reden hier in dieser Debatte zugegebenermaßen einigermaßen moderat im Ton. Aber solange Sie stellvertretender Bundesvorsitzender – Bundesvorsitzender – einer Partei sind, die ganz andere Töne verbreitet, solange Sie mit einem Herrn Höcke am Kyffhäuser-Denkmal feiern und sich nicht von ihm distanzieren und solange Sie Vorsitzender einer Fraktion sind, aus der Abgeordnete –

jetzt komme ich noch einmal zu Herrn Podeswa – von „Analphabeten aus Steinzeitkulturen“ reden, wenn sie über Flüchtlinge sprechen, solange in der Heilbronner Innenstadt solche Flugblätter und Anzeigen verteilt werden – (Der Redner hält ein Flugblatt mit der Überschrift „Profitabler als ein Bordell“ hoch.)
übrigens tritt da auch die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg auf; das muss ja noch geklärt werden – und solange in der Heilbronner Innenstadt ohne jeglichen Beleg von Vergewaltigungen durch nordafrikanische Männer geredet wird, so lange halte ich es für angemessen, Ihnen dies vorzuwerfen.